

An den

Bundesminister für Arbeit und Soziales

Herrn Hubertus Heil

PER MAIL

Berlin, 1. Mai 2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

*Hubertus Heil*

„100 Euro mehr, sofort!“ – mit dieser Forderung wenden sich heute 18 Spitzenvertreter und Spitzenvertreterinnen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und bundesweiter Verbände und Organisationen an Sie, die in besonderer Weise mit der Lebenssituation einkommensarmer Menschen in Deutschland vertraut sind. Sie alle wissen: Es sind die Ärmsten, die die Auswirkungen der Corona-Krise existenziell treffen. Es sind Millionen Beziehende von existenzsichernden Leistungen. Die Regelleistungen der Grundsicherung waren schon vor der Krise nicht ausreichend, um halbwegs über den Monat zu kommen bzw. das soziokulturelle Existenzminimum sicherzustellen, wie es in der Amtssprache heißt. Das ist der Grund, warum eine bedarfsgerechte Neuausgestaltung der Regelsätze schon seit Langem eingefordert wird. Doch können die Menschen in der aktuellen Krise darauf nicht warten. Sie benötigen ebenso unbürokratisch Soforthilfe, wie sie in den vergangenen Tagen bereits Unternehmen und Beschäftigten zu Recht erhielten.

Mit der Corona-Krise hat sich die Situation der Armen noch einmal drastisch verschärft. Zusatzangebote wie Schulspeisung sind so gut wie flächendeckend ausgefallen, über ein Drittel der Tafeln, die vor der Pandemie noch 1,6 Millionen Menschen versorgten, sind wegen des Virus geschlossen. Preise für Obst und Gemüse sind stark gestiegen. Kosten für Schutzkleidung und Hygieneartikel, aber auch erhöhte Kommunikationskosten tun ihr Übriges, um die Ärmsten unter uns in existenzielle Not zu stürzen.

Die Bundesregierung hat schnell und konsequent gehandelt, um Menschen in der Corona-Krise vor dem Absturz in die Grundsicherung und damit in die Armut zu bewahren. Das schätzen wir sehr. Doch tun Sie bitte auch etwas für diejenigen, die bereits vorher auf existenzsichernde Leistungen angewiesen waren und weiterhin sind. Auch sie brauchen dringend unsere Solidarität. Sie brauchen konkret mehr Geld, um die coronabedingten Mehrkosten wenigstens etwas auffangen zu können. Mit ein bisschen Catering für wenige Schulkinder ist es nicht getan.

Wir appellieren an Sie: Sorgen Sie, unabhängig von der zum 1.1.2021 anstehenden Neufestsetzung der Regelsätze, dafür, dass die schon jetzt von Einkommensarmut betroffenen Menschen ab sofort 100 Euro zusätzlich erhalten und damit in der Krise praktische Solidarität erfahren. Wir werden den sozialen Zusammenhalt nur dann gemeinsam sichern können, wenn allen von der Krise Betroffenen geholfen wird, gerade den Ärmsten.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Ulrich Schneider

(Hauptgeschäftsführer)